From: Nahles Andrea - MdB Date: 07.10.2010 14:51:04
To: mail@ilia-faye.de

Subject: Thre mail zum Thema "Mobbing"

Sehr geehrte Frau Faye,

besten Dank für Ihre mail zum Thema "Mobbing".

Wie Sie ja wissen, habe ich mich als Sprecherin der Arbeitsgruppe "Arbeit und Soziales" der SPD-Fraktion lange mit dem Thema befasst.

Die Mittel und Wege, mit denen Mitmenschen schikaniert werden sind ungemein vielfältig oft perfide. Bisher ist es nur in einzelnen Bereichen des täglichen Lebens gelungen den Handlungsunwert klar zu definieren. Eine allgemeine Definition des Begriffs "Mobbing" wäre sehr wünschenswert. Versuche, das vielschichtige Problem justiziabel zu machen, sind bisher nicht von Erfolg gekrönt. Auch der Blick ins Ausland, wo es vereinzelt Normen gibt, die Mobbing als Tatbestand formuliert haben, zeigen, dass die Gefahr, Sachverhalte im Graubereiche nicht zu erfassen, evident ist. Nach unserer Ansicht gibt es bisher keinen zufriedenstellenden allgemeingültigen Ansatz, der den Opfern umfassend Schutz und uns allen mehr Rechtssicherheit gibt.

Aber Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können sich heute besser wehren, als noch vor ein paar Jahren. Sie haben heute rechtliche Möglichkeiten, sich gegen Mobbing zur Wehr zu setzen. Sie können sich bei den zuständigen betrieblichen Stellen beschweren. Gegen mobbende Kollegen, Vorgesetzte oder Arbeitgeber haben sie einen Anspruch auf Unterlassung und können Schadensersatz- und Schmerzensgeldansprüchen geltend machen.

Darüber hinaus kann sich der / die Betroffene bei Benachteiligung aus Gründen der Rasse, ethnischer Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität nunmehr auf das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) berufen.

Dieses Gesetz haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gegen viel Widerstand von CDU/CSU aber auch aus der Wirtschaft konsequent durchgesetzt. Auch die nunmehr 3. Antidiskriminierungsrichtlinie werden wir zügig in nationales Recht umsetzen.

Allerdings profitieren wir heute schon von unserer weitsichtigen Gesetzesarbeit mit dem AGG: fast alle neuen Vorgaben haben heute schon in Deutschland Gesetzeskraft.

Wir werden im Rahmen unserer Möglichkeiten weiter an einem möglichst lückenlosen Schutz vor Mobbing arbeiten. Auch die Überlegungen für einen allgemeingültigen Tatbestand - etwa so wie er nach langer Zeit beim Thema Stalking gelungen ist - werden wir weiter verfolgen.

Bitte vergessen Sie aber nicht, dass uns als parlamentarische Oppositionspartei nicht die größtmöglichen Möglichkeiten offen stehen.

Der Ball, die Sache im Wohle der Bürger voranzutreiben, liegt eindeutig im Feld der Bundesregierung.

Mit freundlichen Grüßen
Andrea Nahles

Büro Andrea Nahles, Mitglied des Deutschen Bundestages

Generalsekretärin der SPD

Deutscher Bundestag

11011 Berlin

030/227-78500

andrea.nahles@bundestag.de

www.andreanahles.de